



Rede

1. MAI 2019

„EUROPA. JETZT ABER RICHTIG!“
Wolfgang Lemb, Geschäftsführendes
Vorstandsmitglied der IG Metall

Reutlingen, 1. Mai 2019

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
lieber Matteo Scacciantè,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, lieber Thomas Keck,

ich habe mir sagen lassen, dass es schon sehr lange zurückliegt, dass ein sozialdemokratischer Amtsinhaber auf der Mai-Kundgebung der Gewerkschaften ein Grußwort gesprochen hat.

Umso mehr freut es mich und ich will die Gelegenheit nutzen: Herzlichen Glückwunsch zur Wahl und vielen Dank für die positiven Botschaften.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
unser 1. Mai in diesem Jahr steht im Zeichen der Europawahl.
Wie ihr wisst, wird in genau 25 Tagen, am 26. Mai, nicht nur auf kommunaler Ebene, sondern auch das Europäische Parlament gewählt.
Diese Wahl – Kolleginnen und Kollegen – geht uns alle an.
Uns als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, als Gewerkschaften und die Gesellschaft insgesamt.

Ihr habt es alle in den letzten Wochen immer mal wieder gehört:

- Europa vor einer Schicksalswahl...
- Europa vor einer Richtungsentscheidung...
- Die wichtigste Wahl, die wir in Europa je hatten...

Und Kolleginnen und Kollegen,
ich meine: Nichts von alledem ist übertrieben!
In der Tat geht es am 26. Mai um eine entscheidende Weichenstellung:
Driftet Europa weiter nach rechts, mit der Gefahr des Rückfalls in nationalstaatliches Denken und Handeln, oder haben wir die Chance auf ein starkes, handlungsfähiges Europa? Auf ein „Europa mit Zukunft“? Wir wollen ein handlungsfähiges, sozial starkes Europa. Dafür, Kolleginnen und Kollegen, kämpfen wir!

Aber klar ist auch: „Ein Europa mit Zukunft“ gibt es nur, wenn es gelingt, Europa besser zu machen. Deshalb unser diesjähriges Mai-Motto: „Europa. Jetzt aber richtig!“

Denn vieles läuft nicht rund in Europa.

Die Europäische Union befindet sich in einer Mehrfachkrise.

Da ist zum einen die Legitimationskrise:

Die EU hat in den vergangenen Jahren bei einer Reihe von Herausforderungen keine oder nur unzureichende Lösungen gefunden.

Dazu gehört die ungelöste Flüchtlingsfrage, eine Gefährdung des Wohlfahrtsversprechens und eine zunehmende Ungleichheit und damit verbunden ein Vertrauensverlust vieler Bürgerinnen und Bürger.

Da ist zum zweiten die Krise der europäischen Institutionen – also zum Beispiel unzureichende Kompetenzen für das Europäische Parlament.

Und zum dritten befindet sich Europa in einer Existenzkrise.

Wir sehen das am Brexit, aber auch an der Stärkung rechtspopulistischer Kräfte – von Ungarn über Österreich und Polen bis zu uns in Deutschland.

Und die Rechten bündeln ihre Kräfte vor den Europawahlen zunehmend. Sie wollen drittgrößte Fraktion im Parlament werden. Dieser Gefahr müssen wir mit einer großen Wahlbeteiligung pro-europäischer Kräfte entgegentreten.

Aber, was will eigentlich die AfD? Sie fordert u.a. in ihrem Europawahlprogramm, das Europäische Parlament abzuschaffen. Unfassbar. Die einzige demokratisch legitimierte Institution der EU. Das zeigt das widerwertige Bild eines „sogenannten demokratischen Grundverständnisses“ a la AfD, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und was wir als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer von rechtspopulistischer und rechtsnationalistischer Politik zu erwarten haben, sehen wir derzeit in Ungarn und Österreich.

In Ungarn existiert seit dem 1. Januar das sogenannte „Sklavengesetz“, mit dem Beschäftigte in Ungarn zu 400 Überstunden pro Jahr gezwungen werden können – diese aber erst nach drei Jahren bezahlt werden müssen.

In Österreich wurde die Möglichkeit der 60-Stunden-Woche und des 12-Stunden-Tages wiedereingeführt.

Gegen solche Tendenzen in Europa wollen, müssen und werden wir uns gemeinsam wehren!

Auch deshalb mischen wir uns ein.

Und wir sagen, wie „Europa. Jetzt aber richtig!“ geht:

- Wir wollen, dass die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Mittelpunkt europäischer Politik gestellt werden und der Dialog mit den Sozialpartnern auf europäischer Ebene gestärkt wird.
- Wir verlangen eine grundlegende Reform der Wirtschafts- und Währungsunion, damit die Europäische Union ökonomisch krisenfest gemacht wird.
- Wir wollen keinen reinen Binnenmarkt, sondern wollen, dass soziale Grundrechte Vorrang vor Kapitalinteressen haben und
- wir fordern eine erweiterte Mitbestimmung für Betriebsräte auf europäischer Ebene.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

wir schauen nicht nur mit Sorge nach Europa, wenn es um den wachsenden Einfluss von rechts geht.

Das gilt für Baden-Württemberg genauso wie für Brandenburg, Sachsen und Thüringen, wo in diesem Jahr Landtagswahlen anstehen. Hier ist zu befürchten, dass der Anteil der AfD sogar noch zunimmt.

Deshalb, in aller Klarheit: Diese Partei eröffnet keine Perspektiven für diejenigen, die sich Sorgen um ihre Zukunft machen.

Die AfD ist eine arbeitnehmerfeindliche Partei, die gegen das politische Establishment angetreten ist und nun selbst im Spendensumpf versinkt. Beteiligt sind neben der Fraktionsvorsitzenden im Bundestag auch ihre Spitzenkandidaten fürs Europaparlament, Meuthen und Reil. Sie versprechen den Menschen das Blaue vom Himmel – und übrig bleibt nachher nur „Brauner Sumpf“.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
für uns ist klar: Wir treten Rassisten und Rechtspopulisten entgegen.
Mit Weltoffenheit, demokratischem Engagement und Solidarität.

Das heißt: Klare Kante gegen rechts – in den Betrieben, in der Familie, am Stammtisch, in der Gesellschaft. Dafür steht die IG Metall.
Dafür stehen die deutschen Gewerkschaften!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
auch wenn wir vieles in Europa verbessern müssen, will ich aber auch daran erinnern:
Seit mehr als siebzig Jahren herrscht Frieden in Europa, länger als je zuvor.

Das geeinte Europa war und ist ein Friedensprojekt, das aus den Katastrophen des 20. Jahrhunderts erwachsen ist.

Und heute gilt mehr denn je: Frieden ist nicht alles – aber ohne Frieden ist alles nichts!
Deshalb darf sich Europa nicht in eine neue Aufrüstungsspirale zwingen lassen. Es muss seinem Gründungsversprechen als Friedensprojekt treu bleiben.

Wir brauchen ein Europa, das auf der Weltbühne Konfliktprävention betreibt, humanitäre Verantwortung übernimmt und für soziale Gerechtigkeit eintritt.
Was wir nicht brauchen, ist ein Europa, das sich an dem Wahnsinn des internationalen Rüstungswettlaufs beteiligt.

Deshalb sagen wir auch an diesem 1. Mai: NEIN zu Aufrüstung!

Und: JA zu einem Europa des Friedens, Kolleginnen und Kollegen!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Europa ist auch die Antwort auf viele aktuelle Herausforderungen der heutigen Zeit: Globalisierung, Klimawandel und Digitalisierung machen an keiner Staatsgrenze halt.

Und die Transformation der Arbeitswelt wird das bestimmende Thema der nächsten Jahre sein – in Europa und in Deutschland!

Das gilt zum einen für die Digitalisierung. Die Digitalisierung der Produkte und Dienstleistungen, der Arbeitsprozesse und Geschäftsmodelle. Das ist nicht aufzuhalten, es verändert unsere Arbeitswelt grundlegend.

Samstags gehören Vati und Mutti mir? Heute gilt das nicht mal nach Feierabend, weil sich die Kollegin oder der Kollege in einer anderen Zeitzone befindet, weil zu Hause noch das Smartphone bimmelt oder weil die Maschine per Laptop ferngewartet werden muss.

Und das gilt zum anderen für die Klima- und Umweltfrage. Sie ist für uns alle überlebenswichtig.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

ich finde es gut, wenn junge Leute seit vielen Wochen klare Positionen beziehen. Rund um den Globus.

So wie bei den Protesten „Fridays for future“. Schülerinnen und Schüler demonstrieren für den Klimaschutz und gegen die Tatenlosigkeit der Politik.

Und wir wissen doch auch: Mit Blick auf unsere Kinder und Enkelkinder, müssen wir heute alles dafür tun, um ihnen einen lebenswerten Planeten zu hinterlassen.

Dafür müssen wir unsere Industrie und unsere Art zu leben ökologisch modernisieren.

Denn auch für uns als Gewerkschaften gilt: Klimaschutz ist nicht verhandelbar!

Aber, ich sage auch sehr deutlich:

Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Klimapolitik müssen gleichberechtigt neben den Umwelt- und Klimaschutzzielen stehen.

Klimaschutz und die berufliche Zukunft unserer Kolleginnen und Kollegen dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Doch das Gegenteil ist derzeit der Fall. Unsicherheit und Zukunftssorgen greifen zunehmend um sich. Auch hier im Südwesten der Republik.

Viele fragen: Was und wie produzieren wir morgen und übermorgen?

Werde ich da noch dabei sein?

Und vor allem:

Werden auch unsere Kinder in der Region noch Arbeit und eine Zukunft haben?

Ihr wisst: Gerade Baden-Württemberg ist geprägt von der Automobilindustrie. Deshalb ist auch hier – wie in anderen Regionen, die bei steigender E-Mobilität von der Verbrenner-Technologie abhängen – die zentrale Frage, wie die Transformation zu einer klimaneutralen Wirtschaft zu schaffen ist.

Die ökologische Transformation darf kein Nullsummenspiel zwischen Arbeit und Umwelt werden.

Hier in Baden-Württemberg, hier in der Region, stecken viele technologische Potenziale für GreenTech von morgen – von der nachhaltigen Mobilität bis zur Energieeffizienz durch den Maschinenbau.

Ich möchte, dass diese Potenziale genutzt werden, deutschlandweit entsprechende Technologien gefördert werden und diese Förderung mit Guter Arbeit verbunden wird.

Noch immer wird in den Unternehmen viel, ja enorm viel Geld verdient. Diese Gewinne müssen in den Strukturwandel fließen – nicht nur in Ostdeutschland, nicht nur ins Ruhrgebiet oder in die Braunkohleregionen.

Gefordert sind also Politik und Unternehmen.

Von den Unternehmen erwarten wir zukunftsorientierte Investitionen und eine Standortpolitik, die Arbeitsplätze sichert.

Von der Politik fordere ich klare Rahmenbedingungen für den ökologischen Umbau, Investitionen und die notwendigen Weichenstellungen in der Arbeitsmarktpolitik.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
zu lange wurde die ökologische Modernisierung verschleppt, zu lange wurden Probleme verschleiert.

Und zu zaghaft werden die Zukunftsaufgaben angepackt.
Nicht in den Werkshallen und Büros, sondern in den Vorstandsetagen!
Also: Politik und Arbeitgeber müssen endlich aus dem Quark kommen.
Damit aus technologischem Fortschritt auch sozialer Fortschritt wird. Damit aus dem Strukturwandel kein Strukturbruch wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
wir brauchen eine soziale, ökologische und demokratische Transformation.
Kurzum: Wir sagen „Ja“ zum ökologischen Umbau, aber „Nein“ zu Arbeitsplatz- und Sozialabbau!

Dafür gehen wir in wenigen Wochen wieder auf die Straße. Dafür machen wir uns auf einer großen Kundgebung unter dem Hashtag #FairWandel stark.

Am 29. Juni werden sich Zehntausende Metallerrinnen und Metaller in Berlin treffen.
Bunt, vielfältig und laut. Ich weiß: Zwischen Reutlingen und Berlin liegt der ein oder andere Kilometer. Aber wir müssen dort laut werden, wo die Politik entscheidet!
Kommt also am 29. Juni nach Berlin, zum Brandenburger Tor!
Machen wir der Politik gemeinsam Dampf: Den Wandel gestalten – sozial, ökologisch, demokratisch.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
eine gelungene und gerechte Transformation – die keinen zurücklässt – die kostet Geld!

Und wir werden nicht akzeptieren, dass die Kosten der Transformation alleine den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern aufgebürdet werden.

Also muss jetzt die Frage geklärt werden: Wer zahlt?

Dazu einige Fakten:

Derzeitigen Schätzungen zufolge werden alle DAX-Konzerne zusammen für das Geschäftsjahr 2018 (also im Jahr 2019) eine neue Rekordsumme von rund 38,3 Milliarden Euro an die Aktionäre verteilen. Das entspräche einem weiteren Wachstum im Vergleich zum Vorjahr von rund 6 Prozent.

2014 erhielten DAX-Vorstände im Schnitt etwa das 57-fache des durchschnittlichen Beschäftigteneinkommens. Im vergangenen Jahr sogar 71-mal so viel wie ein durchschnittlich bezahlter Beschäftigter!

Und die 45 reichsten Haushalte besitzen so viel wie die ärmere Hälfte der Bevölkerung. Das ist nicht nur ungerecht, sondern da steckt ein Großteil des Geldes, das wir brauchen, um unser Land mit den notwendigen Zukunftsinvestitionen auf den richtigen Kurs zu bringen!

Und das geht:

Wenn in Deutschland die Vermögensteuer wieder erhoben wird. In Europa die seit Jahren diskutierte Finanztransaktionssteuer endlich eingeführt wird.

Und Internetkonzerne, die sich hier in Europa dumm und dämlich verdienen, endlich ordentlich besteuert werden!

Mit diesem Geld könnte man ein so dringend benötigtes Zukunftsprogramm für Europa finanzieren – für Investitionen und gegen Arbeitslosigkeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst uns weiterkämpfen:

- für eine gerechte Gesellschaft,
- für eine nachhaltige industrielle Entwicklung,
- für eine gerechte Arbeitswelt mit Guter Arbeit.

Für ein besseres Morgen!

In Deutschland und in Europa. Dazu brauchen wir:

- Nicht weniger, sondern mehr Solidarität!
- Nicht weniger, sondern mehr Mitbestimmung!
- Nicht weniger, sondern mehr Zusammenhalt!

Wir wollen ein friedliches Europa ohne Ausgrenzung, Hass und Nationalismus.

Ein Europa ohne Grenzzäune. Sicher, sozial und gerecht.

Wir alle haben die Wahl: Am 26. Mai.

Wählen wir ein „Europa mit Zukunft“!

Herzlichen Dank.

Und jetzt lasst uns gemeinsam feiern – unseren 1. Mai!